



Klimawende von oben und unten

Kinder und Jugendliche gehen im Rahmen von Fridays for Future auf die Straße,
der Green Deal der EU ist „Europas Mann auf dem Mond-Moment“
und die Bundesregierung zielt auf Klimaneutralität
bis 2040 ab. Text: Hannes Höller



„Wir wollen Vorbild für andere sein, denn die wichtigen Klima- und Energieziele können wir nur gemeinsam erreichen. In den nächsten Jahren werden wir die Photovoltaik-Leistung in NÖ verzehnfachen“, so LH-Stv. Dr. Stephan Pernkopf.



Blick zurück. Bunte Plakate und markige Sprüche prägen die Demonstrationen von Fridays for Future. „Es sind die gleichen Bilder und Botschaften wie vor 30 Jahren, als wir erstmals über den Klimawandel informiert haben und Schülerinnen und Schüler zeichnen ließen“, denkt Andreas Strasser zurück. Der heute 63-jährige ist einer, der die Anfänge der Klimabewegung in Österreich aktiv miterlebt hat. Gemeinsam u. a. mit der späteren NÖ Nationalratsabgeordneten Mag.^a Brigid Weinzinger baute er Anfang der 90er Jahre das Klimabündnis in Österreich auf. Mit über 1.000 Gemeinden ist es heute das bundesweit größte Klimaschutz-Netzwerk (s. S. 10).

Von einer Umweltbewegung zum Klimaschutzgesetz. Die österreichische Umweltbewegung hatte die größten Erfolge

damals gerade hinter sich: die Nicht-Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf in den 1970ern und die erfolgreiche Besetzung der Hainburger Au gegen das geplante Wasserkraftwerk Mitte der 1980er Jahre. Das Bewusstsein für globale Zusammenhänge, für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit hat sich seither in Österreich

Eine weltweite Bewegung schlägt regional Wurzeln.

deutlich erhöht. Auf legislativer Ebene hat das Land NÖ 2007 als erstes Bundesland Klimaschutz in der Landesverfassung verankert, 2011 wurde zudem das nationale Klimaschutzgesetz beschlossen.

Fridays for Future. Die weltweiten Schulstreiks von Fridays for Future im März 2019 sorgten auch in Österreich für Aufsehen.

Mehr als 20.000 Jugendliche gingen auf die Straße. Die von Greta Thunberg angestoßene Klimabewegung hat auch in Österreich Wurzeln geschlagen. Knapp 30 Regional- und Lokalgruppen gibt es bereits. Ein deutliches Zeichen setzten auch die InitiatorInnen sowie die 700 Freiwilligen, die für das Klimavolksbegehren gelaufen sind. Mit 114.000 Unterschriften wurde schon vor der Eintragungswoche die Hürde für eine verbindliche Behandlung im Parlament genommen.

Klimawende auf politischer Ebene. Klimaschutz wurde im vergangenen Jahr zum dominierenden Thema – einerseits bei der EU- und Nationalratswahl in Österreich, andererseits lässt sich das auch an den auf den Weg gebrachten Klimaschutz-Paketen festmachen. „Der Green Deal ist ‚Europas Mann auf dem Mond-Moment‘“, so die Präsidentin der Europäischen Kommission, Dr. Ursula von der Leyen, unmittelbar vor der

© ISTOCK.COM/AMANTOULY_GLEB, ROBERT HERBST/POV.AT



Maßnahmen gegen den Verlust von Biodiversität sowie zur Reduktion von klimarelevanten Emissionen stehen im Fokus.

Der Green Deal nimmt Kurs auf eine nachhaltige und kreislauforientierte Wirtschaft.

Präsentation ihres zunächst 50 Punkte umfassenden Plans im Dezember 2019 im Europaparlament. Damit die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen gemeistert werden, umfasst der europäische „Green Deal“ einen Fahrplan mit Maßnahmen, um den effizienteren Umgang mit Ressourcen zu fördern. Von erheblicher Bedeutung ist dabei eine nachhaltige und kreislauforientierte Wirtschaft, die gegen den Verlust von Biodiversität vorgeht und Schadstoffbelastungen reduziert. Die neuen umweltpolitischen Maßnahmen sollen sich auf alle Wirtschaftszweige – von Verkehr, Energie, Landwirtschaft bis zur Industrie – erstrecken. Zur Verwirklichung der Ziele des „Green Deals“ sind große Investitionen erforderlich. Ursula von der Leyen schätzte in ihrer Rede vor dem EU-Parlament, dass jährlich € 260,- Mrd. zusätzlich investiert werden müssten.

EU-Klimaschutzgesetz. Im März – rd. 100 Tage nach dem Antritt – hat die EU-Kommission nachgelegt und ihren Vorschlag für ein EU-Klimaschutzgesetz präsentiert. Die-

ses soll das im Green Deal ausgegebene Ziel von Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verbindlich verankern und einen Mechanismus zur schrittweisen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes innerhalb der Gemeinschaft vorschlagen.

Klimaneutralität bedeutet, dass nicht mehr Treibhausgase freigesetzt werden dürfen als an anderer Stelle wieder gebunden werden. Bis zum Jahr 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen in der EU um 50 – 55% im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Bisher hatte die EU die Zielmarke von minus 40% avisiert. Die gesamte umweltrelevante EU-Gesetzgebung soll laufend darauf überprüft werden, ob sie für die Erreichung der Ziele tauglich ist. Falls nötig, sollen klimarelevante Gesetze, wie etwa die Energieeinsparverordnung oder die CO₂-Obergrenzen für Kraftfahrzeuge, nachgeschärft werden. Die deutsche Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch titelte als Reaktion auf die Präsentation des EU-Klimaschutzgesetzes: Meilenstein mit Nachbesserungsbedarf. „Die Kommission hat ein Gesetz vorgelegt, das ein international wichtiges Signal sendet: Die EU wird ihre Klimaziele für 2030 in diesem Jahr deutlich verbessern und die Verbindlichkeit des Klimaschutzes in der EU auf ein neues Niveau heben“, sagt Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

Nationales Klimaschutz-Paket. Vorsichtig positive Signale seitens der Umweltschutzorganisationen gab es auch auf die Präsentation des Klimaschutz-Paketes der neuen österreichischen Bundesregierung Anfang dieses Jahres. „Wir haben unsere Petition ‚Wir sind sauer – Nehmt die Klimakrise endlich ernst!‘ beendet, denn unsere Forderungen wurden größtenteils erhört. Wir haben sieben Schritte erarbeitet, die es unserer Meinung nach für ein klimafreundliches Österreich braucht. Jetzt haben wir uns das neue Regierungsprogramm vorgenommen und

Klimaneutralität bis 2050 soll im EU-Klimaschutzgesetz verbindlich verankert werden.

analysiert. Besonders erfreulich: Praktisch alle unsere Punkte wurden in irgendeiner Form berücksichtigt“, so die Reaktion von GLOBAL2000. Kritischer Nachsatz: „Die Ankündigungen sind da, aber wir brauchen mindestens eine Klimaschutzmilliarde im nächsten Bundesbudget pro Jahr, damit die wichtigen Vorhaben auch realisiert werden können.“

Klimaneutralität bis 2040. Großes Ziel im Klimaschutzpaket ist es, Österreich bis



Die 2020er Jahre bieten die Chance, zum Jahrzehnt der globalen ökologischen Wende zu werden.



2040 klimaneutral zu machen – und damit um zehn Jahre früher als im Green Deal von der EU fixiert. Eine unmittelbare Nachbesserung und Konkretisierung des Nationalen Energie- und Klimaplanes (NEKP) ist ebenso vorgesehen wie ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionspfaden bei den Treibhausgasen bis 2040 bzw. Zwischenzielen bis 2030. So soll der Strom bereits bis 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen kommen.

Geplante Klimaschutzmaßnahmen. Als Eckpfeiler im Klimaschutzgesetz wurde eine CO₂-Bepreisung angekündigt. Bundeskanzler Sebastian Kurz dazu: „Im Rahmen einer Taskforce sollen die Grundlagen für eine ökosoziale Steuerreform erarbeitet werden.“ Im Bereich des Gebäudebaus ist u. a. ein Ausstieg aus Öl- und Kohleheizungen bis 2035 avisiert. Vorreiter ist in diesem Bereich das Land NÖ, das bereits seit Anfang 2019 Ölheizungen in Neubauten verboten hat. Im Klimaschutzgesetz wird auch die Forcierung von Solaranlagen mit einem „Eine Million Photovoltaik-Dächer-Programm“ angepeilt. Geplant ist zudem eine Sanierungsoffensive mit einem Förderprogramm für die thermisch-energetische Erneuerung von Nutzgebäuden. Weiters sollen die Kreislaufwirtschaft, etwa durch steuerliche Begünstigungen für Reparatur-

dienstleistungen und den Verkauf reparierter Produkte sowie die Reduktion von Plastik, forciert werden.

Einstieg in den Umstieg. In Planung ist auch ein Umbau des Steuer- und Abgabensystems, um den Einstieg in den Umstieg auf dem Energiesektor zu schaffen. Dabei geht es zunächst um Maßnahmen wie den Ausbau und die Verbilligung des öffentlichen Verkehrs, die steuerliche Begünstigung von abgasfreien Autos oder den Kampf gegen Dumpingpreise im Flugverkehr. Konkret ist die Ankündigung, die Flugticketabgabe einheitlich auf zwölf Euro festzulegen, womit sie für Kurz- und Mittelstrecken (bisher € 3,5 bzw. € 7,5 Euro) teurer und für Langstrecken (bisher € 17,5) billiger wird. Im Verkehrsbereich sind viele Maßnahmen geplant, darunter ein Österreicher-Ticket und eine nationale Buchungsplattform für alle Ticketsysteme des öffentlichen Verkehrs. Mit zwei „Öffi“-Milliarden soll der öffentliche Nah- und Regionalverkehr ausgebaut werden.

Das Klimavolksbegehren. Für das Klimavolksbegehren ist das neue Regierungsprogramm ein erster Sieg. „Nach einem Jahr Klimabewegung haben sich unsere Forderungen merklich niedergeschlagen. Endlich wird wissenschaftsbasierte Klimapolitik ge-

Bei Neubauten ist u. a. ein Ausstieg aus Öl- und Kohleheizungen bis 2035 avisiert.

macht und Klimaneutralität bis 2040 festgelegt“, freut sich Katharina Rogenhofer, Msc, Sprecherin des Klimavolksbegehrens.

Ausblick. „Das Auftauchen und die unglaubliche Wirkung von Greta Thunberg signalisieren, dass wir vor einem ‚Tipping Point‘ – einem Kipppunkt – stehen. Die 2020er Jahre werden das Jahrzehnt der globalen ökologischen Wende, des Durchbruchs neuer postfossiler Technologien und neuer gesellschaftlicher Reaktionen“, sagt Trendforscher Matthias Horx in der dpa voraus. Dass die Klimabewegung leiser wird, glaubt auch Andreas Strasser nicht. Ganz im Gegenteil: „Die Jungen haben einen langen Atem. Und wir, die wir vor mehr als 30 Jahren gestartet sind, bleiben auch dran.“ ☞

Mag. Hannes Höller, MA, Klimabündnis Österreich, Medien- & Öffentlichkeitsarbeit

fridaysforfuture.at
global2000.at
klimavolksbegehren.at

© iSTOCK.COM/RAIF MENACHE/DEEPLUEVOU/VLADTEODOR_088/WEISSHEIDER